

Große Koalition

Pläne für Kfz-Steuer wackeln wieder



Lieber nochmal genau hingucken: Die SPD fordert günstige Kredite für umweltfreundliche Neuwagen

11. November 2008 Die von der Bundesregierung geplante Befreiung von der Kfz-Steuer zur Ankurbelung der Autokonjunktur steht auf der Kippe. Wie die Union will auch die SPD die kürzlich vom Kabinett beschlossene Kfz-Steuerbefreiung durch ein anderes Modell ersetzen. Die SPD will eine Abwrackprämie für alte, besonders schadstoffreiche Autos einführen und zinsgünstige Kredite für umweltfreundliche Neuwagen geben. „Das sollten wir schnell entscheiden“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber am Dienstag.

Sein Vorschlag sei in seiner Anreizwirkung sinnvoller als die bisher geplante Steuerbefreiung von Neufahrzeugen für ein oder zwei Jahre, sagte Kelber. Danach würde ein VW Polo einmalig um 135 Euro von Steuern entlastet und ein „dicker“ Audi Q7 V 12 TDI um 1892 Euro. „Wer sich bisher kein Auto leisten konnte, kann dies auch nicht durch die kleine Steuer-Entlastung“, sagte Kelber. „Und wer sich ein großes Fahrzeug anschaffen will, braucht dazu die 1900 Euro nicht.“

Kelber soll jetzt an der Spitze einer SPD-Arbeitsgruppe einen neuen Vorschlag ausarbeiten. Sein Modell ähnelt einem Vorschlag des Opel-Konzerns, den der CSU-Politiker Peter Ramsauer aber schroff ablehnte. Jedoch hatte auch die Union deutlich gemacht, dass sie im Rahmen des kleinen Konjunkturpakets die schwache Autonachfrage durch ein anderes Förderkonzept ankurbeln will - ohne jedoch Einzelheiten zu nennen.

Zum Thema

Bundesländer: Kritik an geplanter Kfz-Steuerbefreiung
Kabinett beschließt Konjunkturpaket
Autokauf: Feilschen lohnt sich

„Die Opelianer haben einen Knall“

Unterdessen können sich Opel, Ford und andere Autobauer kaum Hoffnungen auf zusätzliche Staatshilfe machen. Opel, Tochter des angeschlagenen amerikanischen Mutterkonzerns General Motors (GM), hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gebeten, sich für ein Kreditprogramm der Europäischen Investitionsbank von 40 Milliarden Euro einzusetzen. (Siehe auch: [Opel bittet](#)

[Kanzlerin um Hilfe für Autoindustrie](#)) Auch Opel schlug zinsgünstige Kredite für Neuwagen-Käufer und eine Verschrottungsprämie für Altautos vor. Ramsauer wies die Forderungen zurück: „Die Opelianer haben einen Knall.“ Er könne sich nicht vorstellen, dass es über das Konjunkturpaket hinaus Extra-Hilfen geben werde, sagte Ramsauer.

Auch der SPD-Wirtschaftsfachmann Rainer Wend ist skeptisch, dass es noch mehr Hilfen für die Autobranche geben wird. „Wir haben bereits einiges getan“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion in der ARD. Die Politik müsse die Sorgen zwar ernst nehmen. „Wir werden aber nicht in vollem Umfang das erfüllen können, schon aus finanziellen Gründen nicht, was Opel von uns erwartet.“

Ein Regierungssprecher sagte, die Situation der Autoindustrie sei ein Schwerpunkt des Konjunkturpaketes. Die Probleme der Hersteller und Zulieferer würden sehr ernst genommen. Zudem würden die EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember voraussichtlich ein 40-Milliarden-Euro-Programm der Europäischen Investitionsbank beschließen. Mit der Kfz-Steuerbefreiung würden Anreize für alle Automodelle geschaffen. Zudem könnten Zulieferer von dem 15-Milliarden-Euro-Kreditprogramm der Staatsbank KfW profitieren.

Koalition fürchtet Verpuffen des Steuerbeschlusses

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) will am Freitag mit dem Verband der Automobilindustrie (VDA) und großen Zulieferern in Schweinfurt über die Krise beraten. Das Bundeskabinett hatte am vergangenen Mittwoch beschlossen, dass beim Kauf eines Neuwagens die Kfz-Steuer für bis zu zwei Jahre erlassen wird. Damit soll auf die Absatzflaute der Autohersteller reagiert und Arbeitsplätze in der

wichtigsten Industriebranche geschützt werden.

In der Koalition wächst die Kritik, dass diese Kfz-Steuermaßnahme wirkungslos verpuffen könnte. Die Regierung kann darauf verweisen, dass dieser Vorschlag von der Autoindustrie selbst als richtiges Signal begrüßt worden war. Unmut gibt es in den Fraktionen von Union und SPD auch an der fehlenden Öko-Komponente bei der Steuerbefreiung. Sie gilt für alle Neuwagen - auch für die teuren, spritfressenden Geländewagen.

Merkel hat auf die Vorbehalte in den eigenen Reihen noch nicht reagiert. Sie hatte in den Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten grünes Licht gegeben, dass der Bund die zu erwartenden Steuerausfälle von bis zu 1,4 Milliarden Euro komplett übernimmt und die Länder entlastet. Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer stehen den Ländern zu. Ab 2011 soll die Steuer auf den Bund übertragen und für den Klimaschutz von Hubraum auf den CO₂-Ausstoß umgestellt werden.

Röttgen sagte, er persönlich hätte die Befreiung von der Kfz-Steuer für alle Neuwagen im ersten Jahr nicht in das Paket aufgenommen. Der Vorschlag sei vor allem von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) in die Debatte gebracht worden. Röttgen gilt als enger Berater der Kanzlerin. Die Unionsfraktion wird am Donnerstag in einer Sondersitzung über das Konjunkturpaket diskutieren. Ramsauer sagte: „Es kann sein, dass es Korrekturen gibt.“

Text: FAZ.NET mit dpa
Bildmaterial: Uwe Meinhold/ddp

[Beitrag kommentieren](#)

Verlagsinformation

In liebevollen, aber auch dramatischen Szenen entwirft Tellkamp ein gewaltiges Panorama der untergehenden DDR. Jetzt bestellen im FAZ.NET-Buchshop...

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2008
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.